

40 Jahre IGR Saar-Lor-Lux-Trier-Westpfalz

Saarbrücken, 10. Juli 2016

Sehr geehrter Herr Minister,

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

Liebe Gewerkschaftskollegen, liebe Freunde,

Ich danke Ihnen zunächst, dass Sie heute zu diesem Jahrestag gekommen sind. Zurück zu unseren Ursprüngen, hier in Saarbrücken.

Für uns ist es wichtig, dass wir diesen Jahrestag begehen, denn es ist auch und vor allem die politische und gewerkschaftliche Anerkennung unserer gewerkschaftlichen Arbeit in der Großregion.

Seit Gründung unseres Interregionalen Gewerkschaftsrats im Jahr 1976 in Saarbrücken haben wir einen langen Weg zurückgelegt! Es war übrigens der erste seiner Art, der für die 45 anderen IGR zum Vorbild und zur Stütze wurde.

Die Historiker – um nicht zu sagen die Alten – mögen mir sagen, dass der Weg für meine Gewerkschaft, die CGT, nicht ganz so lang war, da die CGT erst nach ihrer Aufnahme in den Europäischen Gewerkschaftsbund, den EGB, also 1999 beigetreten ist, auch wenn wir schon lange vor unserer tatsächlichen Aufnahme auf Einladung von Roger Cayzelle von der CFDT teilnehmen konnten.

Unsere Großregion hat die Besonderheit, dass es zwei IGR gibt. Einen zusammen mit unseren belgischen Kollegen, aber ohne die Deutschen: das ist die Interrégionale syndicale (IRS) im Dreiländereck. Der andere feiert heute seinen 40. Jahrestag, nämlich unser IGR Saar-Lor-Lux/Trier-Westpfalz, an dem unsere deutschen Kollegen beteiligt sind, aber nicht die Belgier.

Übrigens fassten die Gewerkschaften schon 2002 den Beschluss, die Gewerkschaftliche Plattform der Großregion zu gründen als Zusammenschluss der Gewerkschaften, die Mitglieder im Europäischen Gewerkschaftsbund sind. Unsere

Plattform steht unter dem Vorsitz von Christian Schmitz, der heute auch anwesend ist.

Die Koordination zwischen der Plattform, der IRS Trois Frontières und dem IGR Saar-Lor-Lux/Trier-Westpfalz hat stets Fragen aufgeworfen, hin und wieder auch Debatten, aber das sollte man positiv sehen. Denn es ist uns gelungen, unsere Aktivitäten zu koordinieren, mit Höhen und Tiefen und bestimmt auch mit Defiziten. Wir waren eine Instanz, die sich gemeinsam zu Wort meldet und Initiativen des Europäischen Gewerkschaftsbundes in die Fläche trug.

Als ich 2013 das Amt des Präsidenten des IGR übernahm, hatten wir uns zum Ziel gesetzt, unsere beiden interregionalen Strukturen näher zusammenzubringen. Das werden wir nun am 11. Oktober 2016 besiegeln, denn wir haben beschlossen, eine gemeinsame Konferenz der beiden IGR, die fusionieren werden, in Remich durchzuführen. Wir werden die Gelegenheit gleichzeitig dazu nutzen, unseren 40. Jahrestag wieder zu feiern, dann mit einer Veranstaltung in Schengen in Anwesenheit und zusammen mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund.

Weshalb diese Initiative?

Angesichts der Flüchtlingskrise ist das Schengener Abkommen, das für die Personenfreizügigkeit in Europa steht, mehr und mehr in Frage gestellt.

Jedoch haben alle Beschränkungen von Schengen schwerwiegende Auswirkungen auf die Freizügigkeit der Grenzgänger.

Wir müssen daher für das Recht auf Freizügigkeit der Bürger im Schengen-Raum eintreten und daher organisieren wir diese Veranstaltung in dieser symbolträchtigen Stadt.

WELCH GEMEINSAMER WEG!

Welch gemeinsamer Weg! GEWISS, aber welch langer Weg noch, bis Europa, bis unsere Großregion ein echtes SOZIALES EUROPA, eine echte SOZIALE GROSSREGION wird?

Aber der soziale Weg wird nicht gegangen.

Die europäische Politik, die von unseren nationalen Regierungen beschlossen wird, segnet vielmehr die Sparpolitik ab mit einem einzigen Ziel: die Sanierung der öffentlichen Finanzen.

Das funktioniert nicht, **das kann nicht funktionieren**. Man sieht es ... und v.a. die Arbeitnehmer spüren die Auswirkungen.

Der BREXIT

Ich komme kurz auf das zu sprechen, was gerade in Großbritannien passiert ist.

Die Briten haben mehrheitlich beschlossen, aus der Europäischen Union auszutreten. Am Referendum haben über 72 % der Wahlberechtigten teilgenommen.

Über eine Million Stimmen trennen die Anhänger des Ausstiegs von denen des Verbleibs.

Diejenigen in der britischen Bevölkerung, die am meisten benachteiligt sind, haben sich generell für den Austritt ausgesprochen. 64 % für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, 36 % dagegen. Umgekehrt entschieden sich die Bessergestellten eher für den Verbleib: 57 % dafür und 43 % für den Austritt.

Diese Abstimmung ist vor allem das Ergebnis eines Europa, das auf Konkurrenz, Sparpolitik und Sozialdumping setzt. **Das prangern wir seit Jahren in unserem IGR an.**

Es ist auch die Folge der fehlenden Wahrnehmung der Unzufriedenheit der Europäer mit dem Inhalt dieser europäischen Konstruktion, eine Unzufriedenheit, die mehrfach geäußert wurde.

Ich erinnere daran, dass es auch in Frankreich im Jahr 2005 zu einem Referendum kam.

Mit dem bekannten Ergebnis: Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung den Entwurf einer europäischen Verfassung abgelehnt hatte, unterstützte die französische Regierung das Projekt und setzte es auch um.

Ein schönes Beispiel für Demokratie à la Française

Diese Abstimmung ist auch die Konsequenz aus dem enormen Wettbewerbsdruck auf europäische Arbeitnehmer durch die „Entsenderichtlinie“. Sie ist auch die Konsequenz aus der Feigheit der europäischen Politiker, die in jüngster Zeit die Last der Migrationsströme gegen Geldzahlungen auf die

türkischen Behörden abwälzen, während in der Türkei die Demokratie, die Freiheiten, die Frauenrechte und die sozialen Rechte verletzt werden.

Bei unserer Veranstaltung am 11. Oktober werden wir daher unsere Forderung auf das Recht auf Freizügigkeit für die Bürger des Schengen-Raumes erneut bekräftigen.

Es gilt jetzt, die Lehren aus dieser Abstimmung zu ziehen, damit sich niemand auf nationale Positionen zurückziehen kann. Die Gründungsstaaten der Union müssen aufhören, für die anderen mitzuentcheiden.

Die europäischen Entscheidungsträger müssen den Menschen zuhören

Heute lehnen sich die Menschen in Europa gegen die negativen Auswirkungen des liberalen Europa auf.

Die Ablehnung dieses Europa ist nicht auf Großbritannien beschränkt. Überall in Europa erheben sich Stimmen gegen diese Politik, die soziale Spannungen und Ungleichheiten schürt und das Tor weit aufmacht für Nationalisten, Populisten und Ausländerfeindlichkeit. (Ein Blick auf Österreich, wo bald wieder gewählt wird, genügt.)

Die Menschen in Europa mobilisieren sich gegen Sozialdumping, insbesondere in Griechenland, in Belgien, in Spanien und natürlich auch in Frankreich mit der Mobilisierung gegen den Entwurf zur Änderung des Arbeitsgesetzes. Da hat die französische Regierung mal wieder ein schönes Lehrstück an Demokratie geliefert, indem sie ihr Gesetz unter Hinweis auf Paragraph 49.3 der französischen Verfassung im Alleingang ohne Anhören des Volkes und der Mehrheit der Arbeitnehmer, die gegen dieses Gesetz sind, durchgeboxt hat. Die Mehrheit der Arbeitnehmer wird zusammen mit den Gewerkschaften FO und CGT weiter dafür kämpfen, dass das Gesetz zurückgenommen wird.

Anstatt zum Zusammenhalt der Europäer beizutragen, führte die seit mehreren Jahren praktizierte Politik zu einer Verschlimmerung der sozialen Bedingungen und zu einer Verschlechterung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die die Arbeitnehmer belasten, die Prekarität der Beschäftigung ausweitet und die sozialen Ungleichheiten verstärkt.

22 Millionen Menschen in der Europäischen Union sind arbeitslos. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 9 %. **Aber die Lage unterscheidet sich von Land zu Land: 4,5 % in Tschechien und in Deutschland, 24,5 % in Griechenland, gefolgt von Spanien (20,8 %).**

In der Eurozone ist die Lage schlechter, v.a. seit der Krise 2008 mit einer Arbeitslosenquote von 10,4 %.

- 12 % in der Wallonie
- 10,1 % in der Region Grand Est (Fusion von Lothringen, dem Elsass und der Champagne-Ardenne)
- 6,6 % in Luxemburg, 7,6 % im Saarland
- 5,4 % in Rheinland-Pfalz

Das Bild ist noch düsterer, wenn man sich die Jugendarbeitslosigkeit betrachtet. **Jeder fünfte Jugendliche ist arbeitslos.** Die Lage ist in Süd-Europa besonders schlimm, denn dort ist praktisch jeder zweite Jugendliche arbeitslos: Griechenland (48,6 %), Spanien (46 %), Kroatien (44,1 %) und Italien (37,9 %).

2011 gab es in der Europäischen Union 83 Millionen Arme, das entspricht 16,6 % der Bevölkerung.

2012 waren 124 Millionen Menschen, sprich ein Viertel der europäischen Bevölkerung, von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

Die europäischen Entscheidungsträger müssen zuhören, was die Menschen wollen

Das Problem ist nicht die Union als solche, sondern ihr Inhalt.

Daher muss die Debatte über den Liberalismus und seine verheerenden Folgen geführt werden.

Während des Referendums 2005 ging es in Frankreich genau darum, allerdings wurde diese Botschaft von den politischen Verantwortlichen nicht zur Kenntnis genommen. Diese Botschaft, die von Hunderten von Millionen Europäern getragen wird, wurde nicht gehört, auch nicht seit der Krise von 2008.

Die Diskussion gegen das liberale Europa muss geführt werden, um die extreme Rechte mit ihrer Demagogie zu bekämpfen. Denn die extreme Rechte ist gegen das soziale Europa und will zurück zum alten nationalen Kapitalismus.

Schon jetzt lassen sich erste Anzeichen von Konkurrenz zwischen Frankreich und Deutschland feststellen bei der Frage, ob nun Paris oder Frankfurt als Ersatz für London zum wichtigsten Finanzplatz Europas werden soll. Das sehen wir an den Äußerungen von François Hollande oder Valérie Pécresse, der Präsidentin der Region Ile de France, in den französischen Medien.

Dieses Bestreben passt zum Projekt eines „Grand Paris“, bei dem es um die zunehmende Finanzialisierung der Wirtschaft geht. Eine solche Ausrichtung hat schwerwiegende Konsequenzen für die Arbeitnehmer, für die Realwirtschaft und vor allem für die Industrie. Sie verstärkt die Deregulierung und die Steuerkonkurrenz mit dem Ziel Finanzkapital anzulocken, insbesondere die Geschäftsbanken nach Paris. Dies alles wird den Transfer der Besteuerung von Unternehmen in Richtung Haushalte intensivieren, eine schon seit mehreren Jahren zu beobachtende Praxis.

Um heil aus dieser Situation herauszukommen, muss Schluss mit der Finanzialisierung sein und ein soziales Europa entstehen

Das britische Referendum hat auf den Finanzmärkten eine Panikwelle ausgelöst. Die Kommentatoren sehen eine neue Finanzkrise wie die im Jahr 2008 am Horizont.

Zwar ist diese Möglichkeit nicht auszuschließen, aber sie lässt sich nicht allein auf das britische Referendum zurückführen.

Seit mehreren Monaten zeichnet sich eine neue Krise ab, da aufgrund der Krise von 2008 die europäischen Regierungen Hunderte von Millionen Euro bereitgestellt haben, um die Finanzmärkte zu retten anstatt sie für Beschäftigung und mehrwertschaffende Produktivwirtschaft einzusetzen.

Diese riesigen Summen wurden in die Finanzmärkte gepumpt, wo sie „Finanzblasen“ erzeugten, die aktuell zu platzen drohen und eine neue Finanzkrise nach sich ziehen könnten.

Um eine neue Finanzkrise zu vermeiden und um zu vermeiden, dass diejenigen, die keinen Arbeitsplatz haben, und die Rentner die Zeche zahlen, muss der Liberalisierung in Europa ein schnelles Ende bereitet und Europa auf sozialen Fortschritt ausgerichtet werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt heißt das zu allererst:

- ein Ende des Sparkurses,
- Mobilisierung der Ressourcen, um öffentliche Dienstleistungen auszubauen und Arbeitsplätze in diesen Bereichen zu schaffen, um dem wachsenden Bedarf in den entscheidenden Bereichen gerecht zu werden, nämlich bei der Bildung, der Gesundheit und beim Umweltschutz,
- Anhebung der Löhne und sozialen Mindesteinkommen,
- Verringerung der Arbeitszeit, Senkung des Rentenalters,

- Bekämpfung der Ungleichheiten einschließlich der Steuerreform und des Kampfes gegen die Steuerparadiese,
- Echte Bekämpfung der Steuerflucht und der Steueroasen,
- Überarbeitung der Entsende-Richtlinie,
- Neuausrichtung der EZB-Politik hin zur Finanzierung von Beschäftigung und öffentlicher Investitionen.

Unser IGR kann seinen Beitrag zum Aufbau dieses sozialen Europas, das sich alle Menschen in Europa von Herzen wünschen, leisten.

Auch wenn der wichtigste Auftrag der Interregionalen Gewerkschaftsräte die Bekämpfung der Hindernisse für die grenzüberschreitende Mobilität und die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Grenzgänger ist, so müssen wir auch den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) vor Ort direkt bei den Arbeitnehmern vertreten.

Der neue IGR kann an den EGB-Themen arbeiten, wie z.B. die Erläuterung und Bekämpfung des transatlantischen Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten und Europa und des Abkommens zwischen Europa und Kanada, die unter undemokratischen Bedingungen beschlossen werden und schwerwiegende Konsequenzen für die Arbeitnehmer haben.

Das haben wir bei unserer letzten Konferenz mit dem Vortrag von Professor Heinz Bierbaum gemacht.

Das haben wir auch gegen die Bolkestein-Richtlinie gemacht.

Wir müssen auch in Zukunft noch mehr darüber sprechen, worin die Arbeit unseres IGR besteht.

Ich erinnere mich, als ich 2004 nach Metz gekommen bin, um meine Stelle in der Region anzutreten. Ich kam aus den westlichen Vogesen, wo ich geboren bin. Es ist ein kleines Dorf im Süden Lothringens, das hier fast niemand kennt. Es ist schlecht mit Regionalzügen angebunden und man muss mit Trompeten und Fahnen protestieren, damit der TGV am Bahnhof von Neufchâteau hält.

Jean-François hat mir die europäischen Strukturen nähergebracht und vor allem auch seine Arbeit.

Ich wusste nicht, was diese europäische Struktur überhaupt war. Ich vermute, dass viele unserer Anhänger es auch nicht wissen.

Dabei habe ich auch ganz direkt die verschiedenen europäischen Gewerkschafter kennengelernt (Eugen, Jean-Claude, Madeleine, Christian, ...

ich kann sie gar nicht alle aufzählen) mit ihren unterschiedlichen Kulturen und Geschichten, auch manchmal mit ihren unterschiedlichen Positionen, v.a. in Frankreich, aber nicht nur dort.

Auch dafür ist der IGR gut: wir tauschen unsere Ideen, unsere Haltungen aus, immer auf der Suche nach dem bestmöglichen Schutz der Rechte unserer Arbeitnehmer, seien sie Grenzgänger oder nicht.

Wir müssen bei der Weiterentwicklung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts unserer Großregion als ein echter Akteur anerkannt werden. Das heißt aber nicht, dass unser IGR die Aufgabe und die Rolle jedes Gewerkschaftsbundes übernehmen soll.

Wir müssen auch mit den anderen Interregionalen Gewerkschaftsräten zusammenarbeiten und uns mit ihnen koordinieren.

Wenn ich einmal aus der französischen Blickrichtung schaue, so haben wir aufgrund der Veränderung unserer regionalen Struktur (Fusion der drei Regionen Elsass, Champagne-Ardenne und Lothringen) mittlerweile 175.313 Einwohner in der Region Grand Est, die einen Arbeitsplatz in den vier benachbarten Ländern haben (wenn man die Schweiz hinzurechnet).

- 87.778 in Luxemburg
- 3.450 im Saarland
- 8.500 in Belgien
- 4.421 in Rheinland-Pfalz
- 22.562 in Baden-Württemberg
- 34.450 in der Schweiz

Schließlich müssen wir uns Gedanken über eine nachhaltige und dauerhafte Wirkungsweise unserer Tätigkeit machen.

Denn wir wissen und wir sehen das auch jeden Tag, dass wir nicht auf eine Finanzierung durch die EU-Kommission zählen können, die ehrlich gesagt, keine Lust hat, diejenigen auch noch zu finanzieren, die ihre Sparpolitik kritisieren, auch nicht im Rahmen von EURES-Partnerschaften.

Wir können auch den interregionalen Sozialdialog zwischen den Branchen erleichtern ebenso wie die Gewerkschaftsarbeit. Die Durchführung der Remicher Gespräche, bei denen unsere Gewerkschaftsmitglieder in den Betriebsräten sich treffen, ist ein gutes Beispiel und sie sollten fortgesetzt werden.

Heute feiern wir vier Jahrzehnte Kooperation

Die Fusion unserer beiden IGR im nächsten Oktober wird uns effizienter für die kommenden vier Jahrzehnte machen.

Wenn wir vom neuen IGR sprechen, sprechen wir auch von einer neuen Richtung und einer neuen Arbeitsweise. Ich gebe den Stab weiter und setze mich weiter für die europäischen Fragen ein.

Ich danke bei dieser Gelegenheit all denjenigen, die mich auf dieser Wegstrecke begleitet haben.

Vielen Dank ... und auf die nächsten 40 Jahre.

Jacky DUHAUT

Präsident